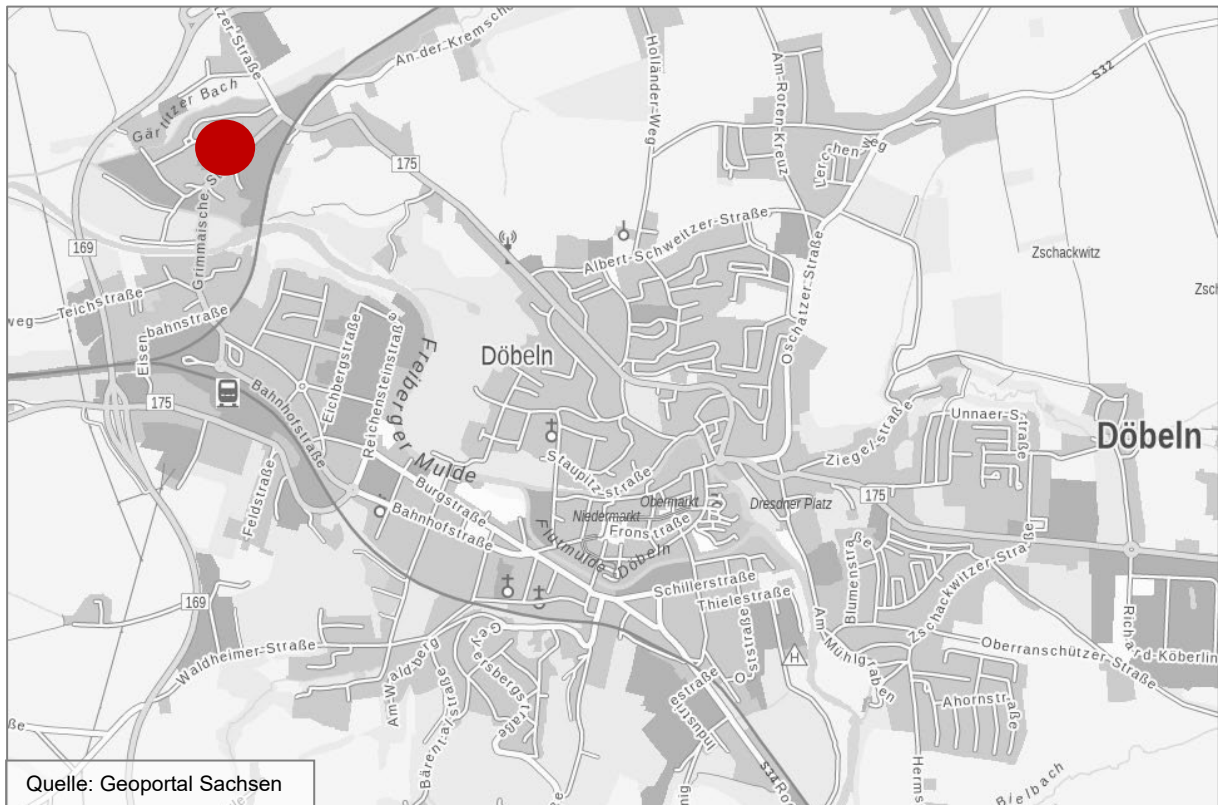


Große Kreisstadt Döbeln

Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ (Einfacher Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 2a i. V. m. § 13 BauGB)

Satzung

in der Fassung vom 14. August 2024
mit redaktionellen Änderungen vom 15.11.2024



Planungsträger: Große Kreisstadt Döbeln
Obermarkt 1
04720 Döbeln
Tel.: 03431 – 579-0
E-Mail: stadverwaltung@doebeln.de
www.doebeln.de



Bearbeitung: Planungsbüro Schubert GmbH & Co. KG
Rumpeltstraße 1
01454 Radeberg
Tel. 03528 41960
E-Mail: info@pb-schubert.de
www.pb-schubert.de



Projektnummer: F23062

BESTANDTEILE

Rechtsplan, bestehend aus

Planzeichnung (Teil A)

Textliche Festsetzungen (Teil B)

Begründung zum Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“

Allgemeine Vorprüfung nach UVPG, Stand 14.08.2024

GROSSE KREISSTADT DÖBELN

BEBAUUNGSPLAN NR. 29/24

„NAHVERSORGUNGSZENTRUM GROSSBAUHLITZ“

(Einfacher Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 2a i.V.m. § 13 BauGB)

BEGRÜNDUNG gemäß § 2a BauGB zur Satzung i.d.F. vom 14.08.2024 mit re- daktionellen Änderungen vom 15.11.2024

Inhalt

1	Anlass und Ziel der Planaufstellung, städtebauliches Erfordernis.....	2
2	Gewähltes Planverfahren.....	3
2.1	Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2a BauGB	3
2.2	Durchführung der Planaufstellung im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB	3
3	Plangebiet	5
3.1	Lage des Plangebietes	5
3.2	Abgrenzung und Größe des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans.....	5
3.3	Beschreibung des Plangebietes	6
4	Übergeordnete Planungsvorgaben	6
4.1	Landesentwicklungsplan Sachsen.....	6
4.2	Regionalplan	7
4.3	Darstellung des Flächennutzungsplans.....	8
4.4	Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Döbeln 2021	9
5	Planungskonzept.....	9
6	Städtebauliche Begründung der planerischen Festsetzungen	10
6.1	Textliche Festsetzung Nr. 1 (Teilbereich 1).....	11
6.2	Textliche Festsetzung Nr. 2 (Teilbereich 2).....	11
6.3	Textliche Festsetzung Nr. 3 (Verkaufsfläche).....	12
7	Voraussichtliche Auswirkungen	13

1 Anlass und Ziel der Planaufstellung, städtebauliches Erfordernis

Nach § 1 Abs. 3 BauGB haben Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Anlass ist das aktuell bestehende Interesse des Grundstückseigentümers, Veränderungen am Standort vorzunehmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Döbeln hat mit Beschluss-Nr. 242/28/2022 vom 10.11.2022 die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Döbeln (Stand 15.11.2021) als Städtebauliches Entwicklungskonzept bzw. als sonstige städtebauliche Planung im Sinne des § 1 Abs.6 Nr. 11 BauGB gebilligt.

Bereits mit dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2013 und seiner 1. Ergänzung (2015) formulierte die Stadt Döbeln ihre Grundsätze und Ziele für die künftige Steuerung ihrer Einzelhandelsentwicklung. Erstrangige Zielsetzungen sind der qualitative Ausbau des Stadtzentrums sowie die Sicherung einer zukunftsfähigen Nahversorgungsstruktur in Döbeln.

Die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes dient der Stadt Döbeln als aktualisierte fachliche Grundlage für den zukünftigen planungsrechtlichen Steuerungsprozess der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt. Dies schließt sowohl die Einzelhandelssteuerung innerhalb des unbeplanten Innenbereiches nach § 34 BauGB, dem weite Teile des Siedlungsgebietes zuzurechnen sind, als auch eine Einzelhandelssteuerung innerhalb der Geltungsbereiche bereits rechtskräftiger verbindlicher Bauleitpläne mit ein.

Um eine Rechtsverbindlichkeit gegenüber Dritten (wie Eigentümern, Projektentwicklern, Filialisten etc.) herzustellen, ist es erforderlich, die Grundsätze und Ziele des fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung umzusetzen.

Besonderer planungsrechtlicher Handlungsbedarf wird derzeit für den Bereich Döbeln Großbauchlitz gesehen. Für diesen hat die Stadt Döbeln mit dem Stadtratsbeschluss vom 21.03.2024 das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ förmlich eingeleitet.

Das Planungsziel der Stadt Döbeln besteht darin, den bestehenden Einzelhandelsstandort Grimmische Straße zum Nahversorgungszentrum weiter zu entwickeln, dabei aber zum Schutz der zentralen Versorgungsbereiche und anderer Nahversorgungslagen keine Ausweitung der Gesamtverkaufsfläche zuzulassen.

Im Aufstellungsbeschluss ist folgendes Planungsziel formuliert:

„Ziel der Planung ist die Erhaltung und Entwicklung des zentralen Versorgungsbereichs Innenstadt und die Sicherung einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung in den Stadtgebieten. Des Weiteren soll die städtebaulich anzustrebende Entwicklungsoption laut dem Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Döbeln - Weiterentwicklung der bestehenden Nahversorgungslage Grimmische Straße zu einem Nahversorgungszentrum – umgesetzt werden. Um diese Ziele zu erreichen bedarf es u.a. der Festsetzung der maximal zulässigen zentrenrelevanten und nahversorgungsrelevanten Sortimente sowie der maximalen Gesamtverkaufsfläche.

Die Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich im Übrigen weiterhin nach § 34 BauGB. Der Bebauungsplan soll neben der Entwicklungsoption eines Nahversorgungszentrums am Standort Grimmische Straße also lediglich die bisherige Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben zum Schutz und zur Stärkung der Innenstadt sowie der verbrauchernahen Versorgung in weiteren Stadtgebieten begrenzen.“

2 Gewähltes Planverfahren

2.1 Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2a BauGB

Gemäß § 9 Abs. 2a BauGB kann für im Zusammenhang bebaute Ortsteile im Sinne des § 34 BauGB *„zur Erhaltung oder Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche, auch im Interesse einer verbraucher-nahen Versorgung der Bevölkerung und der Innenentwicklung der Gemeinden, in einem Bebauungs-plan festgesetzt werden, dass nur bestimmte Arten der nach § 34 Abs. 1 und 2 zulässigen baulichen Nutzungen zulässig oder nicht zulässig sind oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können; die Festsetzungen können für Teile des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans unterschiedlich getroffen werden. Dabei ist insbesondere ein hierauf bezogenes städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 zu berücksichtigen, das Aussagen über die zu erhaltenden oder zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereiche der Gemeinde oder eines Gemeindeteils enthält. In den zu erhaltenden oder zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereichen sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Vorhaben, die diesen Versorgungsbereichen dienen, nach § 30 oder § 34 vorhanden oder durch einen Bebauungsplan, dessen Aufstellung förmlich eingeleitet ist, vorgesehen sein.“*

Das Plangebiet befindet sich innerhalb des im Zusammenhang bebauten Stadtgebietes der Stadt Döbeln und ist hiernach dem planungsrechtlichen Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen. Ein Vorhaben ist im Zusammenhang bebauter Ortsteile zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist.

Für die Umsetzung der Planungsziele innerhalb des unbeplanten Innenbereiches gemäß § 34 BauGB wird mit dem vorliegenden einfachen Bebauungsplan ein Bebauungsplan auf Grundlage des § 9 Abs. 2a BauGB aufgestellt, der in seinem Geltungsbereich lediglich differenzierte Regelungen über die Zulässigkeit von Einzelhandelsnutzungen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 BauGB trifft.

Die weitere Zulässigkeit von Bauvorhaben richtet sich nach § 34 BauGB (Bauweise, Grundfläche, Geschossfläche, überbaubare Grundstücksfläche etc.).

2.2 Durchführung der Planaufstellung im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB

Gemäß Aufstellungsbeschluss soll der Plan im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt werden.

Prüfung der Voraussetzungen für die Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 1 Satz 1 BauGB

Wird durch die Aufstellung eines Bebauungsplans in einem Gebiet nach § 34 der sich aus der vorhandenen Eigenart der näheren Umgebung ergebende Zulässigkeitsmaßstab nicht wesentlich verändert oder enthält er lediglich Festsetzungen nach § 9 Absatz 2a oder Absatz 2b, kann die Gemeinde das vereinfachte Verfahren anwenden, wenn

1. die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet wird,
2. keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter bestehen und
3. keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Der Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ enthält lediglich Festsetzungen nach § 9 Absatz 2a BauGB. Die Grundvoraussetzung gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist damit erfüllt.

Prüfung nach § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB ist die Durchführung des vereinfachten Verfahrens ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen.

Gemäß Anlage 1 Nr. 18.6 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist für den Bau eines Einkaufszentrums, eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes oder eines sonstigen großflächigen Handelsbetriebes im Sinne des § 11 Absatz 3 Satz 1 der Baunutzungsverordnung, für den im bisherigen Außenbereich im Sinne des § 35 des Baugesetzbuchs ein Bebauungsplan aufgestellt wird, mit einer zulässigen Geschossfläche von

- 5 000 m² oder mehr eine Umweltverträglichkeitsprüfung und
- 1 200 m² bis weniger als 5 000 m² eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls notwendig.

Da sich das Plangebiet im planungsrechtlichen Innenbereich nach § 34 BauGB und nicht im bisherigen Außenbereich im Sinne des § 35 des Baugesetzbuchs befindet, ergibt sich trotz der Überschreitung des Schwellenwertes für die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls keine UVP-Pflicht.

Zu beachten ist jedoch Anlage 1 Nr. 18.8 zum UVPG: demnach ist für den Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art, soweit der jeweilige Prüfwert für die Vorprüfung erreicht oder überschritten wird und für den in sonstigen Gebieten ein Bebauungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt wird, immer (d.h. unabhängig von der Lage im planungsrechtlichen Innen- oder Außenbereich) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans wurde daher eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach UVPG durchgeführt.

In deren Ergebnis wurde festgestellt, dass keine Pflicht zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die Voraussetzung gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB ist damit erfüllt.

Prüfung nach § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist die Durchführung des vereinfachten Verfahrens ausgeschlossen, wenn Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter (Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes) bestehen.

Durch die beabsichtigte Planung werden keine Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes berührt.

Die nächstgelegenen Natura 2000-Gebiete sind das FFH-Gebiet Nr. 237 „Muldentäler oberhalb des Zusammenflusses“ und das Europäische Vogelschutzgebiet Nr. 24 „Täler in Mittelsachsen“. Die Entfernung zu den Schutzgebieten, welche sich unmittelbar an bebaute städtische Bereiche anschließen, beträgt ca. 180 m zum FFH-Gebiet und 425 m zum Europäische Vogelschutzgebiet.

Die durch die im Bebauungsplan festgesetzte zulässige Nutzungsintensität durch Einzelhandelseinrichtungen wird durch die zulässige Verkaufsfläche bestimmt und ändert sich nicht gegenüber dem Bestand (s.o.)

Die geplante Aufstellung des Bebauungsplanes ist daher nicht geeignet, Einfluss auf dieses Schutzgebiet zu nehmen. Die Voraussetzung gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist damit erfüllt.

Prüfung nach § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB ist die Durchführung des vereinfachten Verfahrens ausgeschlossen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder

Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind. Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind demnach die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, so weit wie möglich vermieden werden.

Durch die Planaufstellung werden keine gewerblichen Bauflächen geschaffen, in denen sich derartige Betriebsbereiche ansiedeln könnten. Gleichzeitig sind im Umkreis von mindestens 1,9 km um den Geltungsbereich keine Betriebsbereiche nach Störfallverordnung vorhanden, so dass bei der Planung keine Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind. Die Voraussetzung gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB ist damit erfüllt.

Ergebnis

Der Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ kann im Ergebnis der Prüfung der Voraussetzungen für die Anwendung des § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren aufgestellt werden.

Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6a Abs. 1 und § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

3 Plangebiet

3.1 Lage des Plangebietes

Das Plangebiet befindet sich am nördlichen Stadtrand der Stadt Döbeln im Ortsteil Großbauchlitz, nordwestlich der Grimmaischen Straße. Die Entfernung zur Innenstadt Döbeln beträgt ca. 2,5 km.

3.2 Abgrenzung und Größe des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ ist Bestandteil der zukünftigen gesamtstädtischen Steuerung der Einzelhandelsentwicklung auf Grundlage des fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes.

Der räumliche Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- im Norden und Nordosten durch das Flurstück 66/52 Gemarkung Großbauchlitz (gewerblich genutztes Grundstück Grimmaische Straße 73 (Sandstrahlerei)),
- im Osten durch die westliche Grenze des Flurstücks 89/2 Gemarkung Großbauchlitz (Grimmaische Straße 75)
- im Südosten durch das Straßenflurstück 28/1 der Grimmaischen Straße (B 175)
- im Süden durch die nördliche Grenze der Flurstücke 62/6 (Alexanderstraße 3/3a), 64/3 (Grimmaische Straße 63) und 66/53 Gemarkung Großbauchlitz (Grimmaische Straße 65),
- im Westen durch die östliche Grenze der Flurstücke 62/5 und 67 (Am Lindenberg 12) Gemarkung Großbauchlitz
- im Nordwesten durch die Straße Am Wiesengrund und das Flurstück 66/54 Gemarkung Großbauchlitz.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ umfasst das Flurstück 66/57 der Gemarkung Großbauchlitz.

Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 1,15 ha. Die genaue Abgrenzung des Plangebiets ist der Plan-darstellung im Maßstab 1 : 1.000 zu entnehmen.

3.3 Beschreibung des Plangebietes

Innerhalb des Plangebietes sind gegenwärtig zwei Lebensmittelmärkte mit einer Verkaufsfläche von insgesamt 1.700 m² (ALDI mit 800 m² und Netto Marken-Discount mit 900 m²) vorhanden. Das Plangebiet ist durch die beiden Gebäude, Stellplätze und Zufahrten großflächig überbaut. Lediglich in den Randbereichen befinden sich nicht überbaute Grundstücksteile und mehrere Einzelbäume.

Die Grimmaische Straße bildet die südöstliche Plangebietsgrenze. Die Grimmaische Straße fungiert in diesem Abschnitt als wichtige regionale Verkehrsanbindung der Stadt Döbeln, sie gehört zum innerörtlichen Verlauf der Bundesstraße B175 und in Verbindung mit der B169 führt sie in ca. 3,5 km Entfernung zur Anschlussstelle Döbeln-Nord der BAB14.

Beidseits der stark befahrenen Straße hat sich eine Gemengelage entwickelt, zu der neben den o.g. Nutzungen innerhalb des Plangebietes Wohngebäude, zahlreiche gewerbliche Nutzungen und ein großflächiger Baumarktstandort zwischen B 175 und Eisenbahntrasse gehören.

4 Übergeordnete Planungsvorgaben

Die Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB regelt, dass die Ergebnisse eines von der Gemeinde beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzepts oder einer von ihr beschlossenen sonstigen städtebaulichen Planung bei der Bauleitplanung besonders zu berücksichtigen ist.

4.1 Landesentwicklungsplan Sachsen

Die Stadt Döbeln nimmt aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven sowie ihrer Größe und Lage eine zentrale Bedeutung für die Region ein. Im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 wird Döbeln die Funktion eines Mittelzentrums zugewiesen.

Als Mittelzentrum im ländlichen Raum übernimmt die Stadt für den ihr zugewiesenen Mittelbereich wichtige Funktionen als regionales Wirtschafts-, Versorgungs-, Bildungs- und Kulturzentrum mit „besonderer Bedeutung im Hinblick auf Versorgungsqualitäten der höherwertigen Daseinsvorsorge in zumutbarer Entfernung“¹.

Zum mittelzentralen Verflechtungsbereich der Stadt Döbeln gehören laut Landesentwicklungsplan die umliegenden Gemeinden: Großweitzschen, Jahnatal (ehemals Ostrau und Zschaitz-Ottewig), Mochau (zum 1. Januar 2016 Eingemeindung in die Stadt Döbeln), Roßwein, Waldheim, Hartha und Leisnig. Die Gemeinde Striegistal bildet in der raumordnerischen Zuordnung einen Überschneidungsbereich mit dem Mittelzentrum Mittweida. Die Verflechtung zwischen Döbeln und anderen zentralen Orten wird durch die Lage an mehreren regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachsen gewährleistet

Die überregionale Verkehrsanbindung der Stadt Döbeln wird durch die Bundesautobahnen BAB 14 (Nossen– Leipzig - Magdeburg) über die Anschlussstellen Döbeln Nord und Döbeln Ost, sowie der BAB 4 (Görlitz –Dresden - Erfurt) mittels des Anschlusses Hainichen, gewährleistet. Hauptverkehrsachsen innerhalb des Stadtgebietes sind die Bundesstraßen B 169 (Chemnitz – Döbeln – Riesa - Cottbus), welche westlich des Stadtgebietes entlangführt und die B 175 (Richtung Zwickau), die in Ost-West-Richtung unmittelbar durch das Stadtgebiet verläuft.

¹ Landesentwicklungsplan Sachsen (LEP) 2013

An das Eisenbahnnetz ist Döbeln über die Bahnstrecken Leipzig-Grimma-Döbeln (RB110) und Chemnitz-Elsterwerda (RB45) angebunden. Im jeweils 60-Minuten-Takt bestehen Anbindungen durch die Regionalbahnen. Der öffentliche Personennahverkehr wird durch die Verkehrsgesellschaft Regiobus Mittelsachsen GmbH mit mehreren Buslinien (Stadt- und Regionalverkehr) abgesichert.

Gemäß LEP 2013 (Z 2.3.2.1) ist die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen in Mittelzentren wie der Stadt Döbeln zulässig (Konzentrationsgebot), gemäß LEP 2013 (Z 2.3.2.3) für innenstadtrelevante Sortimente von mehr als 800 m² allerdings nur in städtebaulich integrierter Lage. In den zentralen Orten, in denen zentrale Versorgungsbereiche ausgewiesen sind, sind diese Vorhaben nur in diesen zulässig. Das Integrationsgebot des Z 2.3.2.3 dient dem Schutz der Funktionsfähigkeit und Attraktivität der Innenstädte.

Darüber hinaus soll die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen nicht dazu führen, dass der Einzugsbereich den Verflechtungsbereich des Zentralen Ortes wesentlich überschreitet (Kongruenzgebot; Ziel 2.3.2.4) und die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen weder durch Lage, Größe des Vorhabens oder Folgewirkungen das städtebauliche Gefüge, die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungszentrums oder die verbrauchernahe Versorgung des Zentralen Ortes sowie der benachbarten Zentralen Orte substantiell beeinträchtigen darf (Beeinträchtigungsverbot; Ziel 2.3.2.5).

Bei der Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen soll eine ausreichende Anbindung an den ÖPNV gewährleistet werden (Grundsatz 2.3.2.6).

Die Ziele Z 2.3.2.1 bis Z 2.3.2.5 und der Grundsatz G 2.3.2.6 gelten entsprechend für die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von nicht großflächigen Einzelhandelseinrichtungen in enger Nachbarschaft zu einer oder mehreren bereits bestehenden Einzelhandelseinrichtungen, wenn sie in ihrer Gesamtheit wie großflächige Einzelhandelsbetriebe wirken (Ziel 2.3.2.7).

4.2 Regionalplan

Da bisher im Planungsverband Region Chemnitz kein neuer Gesamt-Regionalplan in Kraft getreten ist, gelten entsprechend § 20 des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen die Regionalpläne der ehemaligen Planungsregionen weiter. Für die Stadt Döbeln ist dies der Regionalplan Westsachsen 2008.

Die in der Satzung des Regionalplans Region Chemnitz in der Fassung des Satzungsbeschlusses vom 20. Juni 2023 und des Abtrennungs- und Beitrittsbeschlusses vom 11. April 2024 enthaltenen Ziele sind entsprechend § 3 (1) Nr. 4 Raumordnungsgesetz (ROG) in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung und somit als sonstige Erfordernisse der Raumordnung nach § 4 (1) ROG in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Einzelhandel

Im Regionalplan Westsachsen sind unter Kapitel 6.2 die regionalplanerischen Rahmen- und Zielsetzungen zur Entwicklung und planerischen Steuerung des großflächigen Einzelhandels verankert. Dabei ist insbesondere in Z 6.2.5 dargelegt, dass die Bestimmung von Stadt- und Stadtteilzentren sowie von Nahversorgungszentren bzw. -Standorten mithilfe von Zentrenkonzepten, Einzelhandelskonzepten oder qualifizierten städtebaulichen Konzepten erfolgen soll, die die Städte beschließen, aber auch im Rahmen der Flächennutzungsplanung umsetzen sollen. Diese Konzepte sind damit Grundlage für die Beurteilung von künftigen Einzelhandelsansiedlungen bzw. -erweiterungen. Im Rahmen der Bauleitplanung sind die Einzelhandels- und Zentrenkonzepte gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zu berücksichtigen.

Die städtebaulich integrierten Lagen, in denen in Zentralen Orten die Ansiedlung, Erweiterung und wesentliche Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen zulässig sind, sollten insbesondere durch die Festlegung von zentralen Versorgungsbereichen in den Siedlungs- und Versorgungskernen

der Zentralen Orte näher bestimmt und räumlich sowie kartografisch abgegrenzt werden (siehe dazu Kap. 5.1, insbesondere Z 5.1.5 Regionalplan Westsachsen). Neuansiedlungen bzw. Verkaufsflächen-erweiterungen an dezentralen bzw. peripheren Lagen sollten generell ausgeschlossen werden. Sortimente mit starker Innenstadtrelevanz sind in der Handlungsanleitung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Zulässigkeit von Großflächigen Einzelhandelseinrichtungen im Freistaat Sachsen vom 03.04.2008 aufgeführt (HA Großflächige Einzelhandelseinrichtungen, Anlage 1).

Im genehmigten, bisher jedoch nicht in Kraft getretenen Regionalplan Region Chemnitz sind die Festlegungen zur Einzelhandelsentwicklung in Kapitel 1.6 getroffen worden. Gemäß Z 1. 6.2 sind die Innenstädte, vor allem die Stadtzentren und in den Oberzentren Chemnitz, Plauen und Zwickau auch die Stadtteilzentren, in ihrer Funktion als Standorte des Einzelhandels und der Nahversorgung zu sichern, zu stärken und auszubauen (s. dazu auch Z 1.1.5). Dabei ist insbesondere auch auf die Sicherung und Belebung des kleinteiligen Einzelhandels hinzuwirken. Zudem sollen in den Zentralen Orten sowie im Versorgungs- und Siedlungskern der Grundzentren gemäß Z 1.2.2.1 zentrale Versorgungsbereiche im Rahmen der Bauleitplanung abgegrenzt und entsprechend begründet werden (s. Z 1.6.4).

Seitens der oberen Raumordnungsbehörde wurde im Rahmen der Stellungnahme vom 04.11.2024 zum Entwurf des vorliegenden Bebauungsplans bestätigt, dass die Stadt Döbeln durch die Aufstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes, den vorliegenden Bebauungsplan sowie die Begrenzung der Verkaufsfläche auf das genehmigte Maß aufgrund der demographischen Entwicklung die Umsetzung der o.g. raumordnerischen Anforderungen verfolgt und das Vorhaben damit im Einklang mit den Erfordernissen der Raumordnung steht.

Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft

Im genehmigten, bisher jedoch nicht in Kraft getretenen Regionalplan Region Chemnitz sind im Standortbereich Gebiete mit Anhaltspunkten und Belegen für schädliche stoffliche Bodenveränderungen festgelegt. Gemäß Grundsatz G 2.1.5.5 sollen in Gebieten mit Anhaltspunkten oder Belegen für schädliche stoffliche Bodenveränderungen, insbesondere durch Schwermetalle und Arsen, zur Vermeidung von Umweltschäden und zum Schutz der menschlichen Gesundheit erforderlichen-falls auf den standörtlichen Einzelfall bezogene weitergehende Untersuchungen zur genauen Ausdehnung und zum Gefährdungspotenzial der Bodenveränderungen sowie Vorsorge-, Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Die Bodenveränderungen beruhen sowohl auf gesteinsbedingten (geogenen) als auch auf anthropogenen Vorbelastungen durch jahrhundertelangen Bergbau, Hüttenindustrie und Metallverarbeitung. Dieser Sachverhalt berührt nicht den Festsetzungsinhalt des vorliegenden einfachen Bebauungsplans, da die Art der baulichen Nutzung gegenüber dem Bestand nicht geändert wird. Sensible Bodennutzungen wie Kinderspielplätze, Sport- und Kleingartenanlagen werden im Bebauungsplan nicht festgesetzt.

4.3 Darstellung des Flächennutzungsplans

Für die Stadt Döbeln liegt ein rechtswirksamer Flächennutzungsplan (FNP) vor, in Kraft getreten am 25.06.1992 durch Veröffentlichung im Amtsblatt. Zwischenzeitlich wurden mehrere Änderungen zum FNP beschlossen, die jedoch das Plangebiet nicht betreffen.

Das Plangebiet des vorliegenden Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ ist im FNP als Teil des Mischgebietes um den nördlichen Abschnitt der Grimmaischen Straße in Großbauchlitz dargestellt.

Eine Darstellung der zentralen Versorgungsbereiche ist im FNP nicht enthalten.

Der Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ regelt lediglich die Steuerung des Einzelhandels im Plangebiet und ist gemäß § 8 (2) BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar.

4.4 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Döbeln 2021

Die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts der Stadt Döbeln vom 15.11.2021 wurde mit Stadtratsbeschluss vom 10.11.2022 (Beschluss-Nr. 242/28/2022) im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als städtebauliches, gesamtstädtisches Entwicklungskonzept für die zukünftige Einzelhandelsentwicklung beschlossen und als Grundlage für die konkretisierende verbindliche Bauleitplanung bestimmt.

Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 legt die Stadt Döbeln ihre Leitlinien sowie Entwicklungsziele für den Einzelhandel fest.

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 weist folgende Nahversorgungslagen in der Stadt Döbeln aus:

- Badische Straße
- Dresdner Straße
- **Grimmaische Straße**
- Mastener Straße
- Schillerstraße
- Schlachthofstraße
- Unnaer Straße

Diese Nahversorgungslagen sind entsprechend dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 wie folgt definiert:

- grundsätzlich definiert als Solitärstandorte von Lebensmittelmärkten mit ergänzendem Lebensmittelhandwerk (Bäcker / Fleischer) im Eingangsbereich.
- Anteil der Verkaufsfläche für nicht nahversorgungsrelevante Sortimente in den Lebensmittelmärkten beträgt nicht mehr als 10 % der Gesamtverkaufsfläche
- Versorgungsfunktion: wohnungsnah oder wohnortnahe Versorgung mit Lebensmittel innerhalb der Stadt- und Ortsteile
- Verkaufsflächendimensionierung in Abstimmung mit dem eigenständigen Nahversorgungspotenzial
- Ergänzung durch Fachgeschäfte mit nahversorgungsrelevantem Hauptsortiment und/oder Dienstleister ist möglich, soweit diese ausschließlich auf die unmittelbare Nahversorgungsfunktion abzielen und die Ausstrahlungskraft des Gesamtstandortes nicht wesentlich erhöhen
- städtebaulich integrierte Lage ist auch für nicht mobile Bevölkerungsgruppen gut erreichbar und über den ÖPNV gut erschlossen.

5 Planungskonzept

Mit dem fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 liegt das mit § 9 Abs. 2a Satz 2 BauGB für die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans planungsrechtlich zu berücksichtigende, von der Stadt beschlossene städtebauliche Entwicklungskonzept vor.

Das Plangebiet ist darin als Nahversorgungslage Grimmaische Straße (potenzielles Nahversorgungszentrum) definiert. Die Abgrenzung bezieht sich auf die Standorte der beiden vorhandenen Lebensmittelmärkte (Aldi und Netto). Der Standort verfügt über eindeutig eigenständige Versorgungsfunktionen im nordwestlichen Stadtgebiet, perspektivisch können diese aber auch aus einer Standortagglomeration eines Lebensmittelmarktes mit ergänzenden, nahversorgungsrelevanten Anbietern erschlossen werden. In diesem Kontext ist die Weiterentwicklung zu einem Nahversorgungszentrum eine städtebaulich anzustrebende Entwicklungsalternative².

² BBE, 15.11.2021: Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts für die Stadt Döbeln

Das Planungskonzept des vorliegenden Bebauungsplans ist in die Leitziele des fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 für die gesamtstädtische Einzelhandelssteuerung und gesamtstädtische Einzelhandelsentwicklung eingebettet, welches durch mehrere Bebauungsplanverfahren planungsrechtlich gesichert werden soll.

Der Bebauungsplan dient somit den Zielstellungen,

- die Einzelhandelsentwicklungen sowie die nahversorgungsrelevanten und zentrenrelevanten Sortimente vorrangig auf den zentralen Versorgungsbereich „Innenstadt“ zu konzentrieren, um diesen zu erhalten, zu stärken und weiter zu entwickeln (Konzentrationsziel),
- zur Sicherung der verbrauchernahen Versorgung die Standorte der Nahversorgung zu erhalten, zu stärken und – sofern mit dem Konzentrationsziel vereinbar - ihre Entwicklungsfähigkeit für nahversorgungsrelevante Sortimente dauerhaft sicher zu stellen.

Aufgrund des bestehenden Verkaufsflächenangebotes innerhalb der Stadt Döbeln bei rückläufiger Bevölkerungszahl will die Stadt Döbeln darüber hinaus die Gesamtverkaufsfläche auf das am Standort genehmigte Maß beschränken.

Mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans werden diese Leitziele für den Nahversorgungsstandort Grimmaische Straße planungsrechtlich verankert.

6 Städtebauliche Begründung der planerischen Festsetzungen

Ausgehend von der unter Punkt 5 erläuterten Planungskonzeption wird gemäß § 9 Abs. 2a Baugesetzbuch (BauGB) im Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ festgesetzt, dass bestimmte Arten der nach § 34 Abs. 1, 2 BauGB zulässigen baulichen Nutzungen nicht zulässig sind oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können. Die Festsetzungen werden für Teile des räumlichen Geltungsbereichs (Teilbereiche 1 und 2) unterschiedlich getroffen. Die Gliederung in Teilbereiche ist erforderlich, um perspektivisch die Entwicklung eines Nahversorgungszentrums zu sichern, in dem neben Lebensmittelanbietern Fläche für Betriebe mit weiteren nahversorgungsrelevanten Sortimenten vorgehalten wird.

Im Geltungsbereich werden Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten der „Döbelner Liste“ grundsätzlich ausgeschlossen, um zum Schutz des zentralen Versorgungsbereiches der Stadt Döbeln Einzelhandelsneuan siedlungen mit diesen Sortimenten am Nahversorgungsstandort Grimmaische Straße zu vermeiden.

Hiermit sind solche Einzelhandelsbetriebe gemeint, die diese Sortimente als Hauptsortimente führen. Nur mit Blick auf das Hauptsortiment kann ein Einzelhandelsbetrieb als bestimmter Betriebstyp eingeordnet werden, der als bestimmte Art einer baulichen Nutzung in einem Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2a BauGB als zulässig, nicht zulässig oder ausnahmsweise zulässig festgesetzt werden kann. Nicht erfasst sind daher Betriebe, die die aufgeführten Sortimente lediglich als Randsortimente oder auch als Aktionsware führen.

Zu den Begriffen Kern- (oder Haupt-) Sortiment und Randsortiment gilt nach der Rechtsprechung Folgendes:

„Zwischen den Begriffen Kern- (oder Haupt-) Sortiment und Randsortiment besteht insofern eine Wechselbezüglichkeit, als ein Randsortiment - wie schon aus dem Begriff „Rand-“ Sortiment folgt - zu einem spezifischen Kernsortiment lediglich hinzutritt und dieses gleichsam ergänzend durch solche Waren anreichert, die jedenfalls eine gewisse Beziehung und Verwandtschaft mit den Waren des Kernsortiments haben. Zugleich muss das Angebot des Randsortiments dem Kernsortiment in seinem Umfang und seiner Wichtigkeit deutlich untergeordnet sein. Randsortimente sind damit nur solche Warengruppen, die einem bestimmten Kernsortiment als Hauptsortiment sachlich zugeordnete und hinsichtlich des Angebotsumfangs deutlich untergeordnete Nebensortimente sind.“ (Vgl. OVG Münster, Urteil vom 22.06.1998 - 7a D 108/96. In, juris Rn. 27 ff).

Zum Begriff Aktionsware gilt nach der Rechtsprechung Folgendes:

„Von dem Begriff „Aktionsartikel“ sind Waren aller Art erfasst, unabhängig davon, welcher allgemein üblichen Warenklassifikation sie zuzuordnen sind. Eine Beschränkung ergibt sich allerdings aus dem Wortbestandteil „Aktion“. Dieses verdeutlicht entsprechend den gerade bei Discountern, aber auch anderen Einzelhandelsbetrieben zwischenzeitlich üblichen Marktgepflogenheiten, dass es sich um Waren handeln muss, die nicht - gleichsam als „reguläres“ Angebot - dauerhaft angeboten werden, sondern lediglich zeitlich begrenzt im Rahmen bestimmter, ständig wechselnder Aktionsangebote, die gegebenenfalls auch während eines Jahres wiederholt werden können.“ (Vgl. OVG Münster, Urteil vom 29.05.2009 - 7 D 51/08 NE, juris Rn. 67).

Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben im Änderungsbereich richtet sich im Übrigen nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB.

6.1 Textliche Festsetzung Nr. 1 (Teilbereich 1)

Insgesamt verknüpft die Nahversorgungslage Grimmische Straße die Versorgungsfunktionen für den Siedlungsbereich der Gemarkung Großbauchlitz mit einer wohnortnahen Grundversorgung für weitere periphere Siedlungsbereiche der Stadt Döbeln (Gärtitz, Nöthschütz) und angrenzender Ortsteile der nördlichen Gemeinde Großweitzschen (z.B. Zscheplitz).

Betrieben des Lebensmitteleinzelhandels kommt am Standort damit auch weiterhin eine hohe Bedeutung für die flächendeckende Grundversorgung zu, so dass eine Teilfläche des Plangebietes unmittelbar für Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels vorgehalten wird. Hiermit sind entsprechend der o.g. Ausführungen solche Einzelhandelsbetriebe gemeint, die diese Sortimente als Hauptsortimente führen. Die Beschränkung bezieht sich nicht auf Randsortimente und Aktionsware.

Entsprechend der bestehenden Situation sollen dabei auch zukünftig Betriebe des großflächigen Einzelhandels zulässig sein.

Die Festsetzung für den Teilbereich 1 ist betriebsformenspezifisch gefasst, zielt also auf die Ansiedlung von Lebensmittelmärkten.

6.2 Textliche Festsetzung Nr. 2 (Teilbereich 2)

Da die Weiterentwicklung des Einzelhandelsstandortes Grimmische Straße zu einem Nahversorgungszentrum städtebaulich angestrebt wird, sichert der Bebauungsplan durch Festsetzung Nr. 2 planungsrechtlich Flächen für ergänzende Anbieter mit einem nahversorgungsrelevanten Kernsortiment unterhalb der Schwelle zur Großflächigkeit. Die zentrenrelevanten und nahversorgungsrelevanten Sortimente leiten sich aus der „Döbelner Liste“ ab. Diese ist als Hinweis dem Bebauungsplan beigefügt. Die Beschränkung bezieht sich auch hier ebenfalls nicht auf Randsortimente und Aktionsware.

Die Festsetzung für den Teilbereich 2 ist sortimentspezifisch gefasst, zulässig sind Anbieter mit nahversorgungsrelevantem Kernsortiment gemäß Döbelner Liste. Aus Sicht der Betriebsformen wären Lebensmittelmärkte ausgeschlossen.

Ergänzend sind analog zum Teilbereich 1 auch im Teilbereich 2 Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe zulässig, da diese den Charakter eines Nahversorgungszentrums stärken. Die nähere Zulässigkeit von Gastronomie- und Dienstleistungsbetrieben richtet sich nach § 34 BauGB, da es sich im vorliegenden Fall um einen Einfachen Bebauungsplan zur Erhaltung bzw. Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche handelt (§ 30 Abs.3 i.V. mit § 9 Abs. 2a BauGB). Die Entwicklung zu einem Nahversorgungszentrum schließt ausdrücklich auch die zukünftige Einbindung von Gastronomie- und Dienstleistungsanbietern als immanenten Bestandteil von Nahversorgungszentren ein. Relevant sind hierfür insbesondere haushaltsnahe oder medizinische Dienstleistungen.

6.3 Textliche Festsetzung Nr. 3 (Verkaufsfläche)

Die Versorgungslage „Grimmaische Straße“ ist Bestandteil des Nahversorgungskonzeptes und damit Konzentrationsstandort für die nahversorgungsrelevanten Sortimente.

Trotz der hervorgehobenen Bedeutung der Nahversorgungslagen für die Nahversorgung ist für die nahversorgungsrelevanten Sortimente ebenfalls eine Obergrenze festzulegen. Dies wird aus den drei städtebaulichen Erwägungen heraus erforderlich:

- Zum Ersten soll das Innenstadtzentrum in seiner hervorgehobenen Versorgungsfunktion für die Stadt als zentraler Versorgungsbereich gestärkt und weiterentwickelt werden. Hierfür gilt es, den Erhalt und die weitere Entwicklungsfähigkeit der beiden Großflächenstandorte (Kaufland, Edeka) als wesentliche Magneten des Innenstadtzentrums nicht zu konterkarieren. Dies liegt wiederum in den ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begründet, die durch eine hohe Verkaufsflächendichte und einen überdurchschnittlichen Betreiberbesatz außerhalb des Innenstadtzentrums (Nahversorgungslagen und zu entwickelnde Nahversorgungszentren) gekennzeichnet ist, und künftig durch eine rückläufige Nachfrage geprägt sein werden, mit denen sich der Druck auf die Lebensmittelstandorte und damit auch auf diese Magneten deutlich verschärfen wird. Der Erhalt und die weitere Entwicklungsfähigkeit der beiden Großflächenstandorte des Innenstadtzentrums hat Vorrang vor der marktgerechten Entwicklung der zu entwickelnden Nahversorgungszentren oder den Nahversorgungslagen im weiteren Stadtgebiet.
- Zum Zweiten soll für das Innenstadtzentrum vermieden werden, dass sich ein weiteres „Lebensmittel-Schwergewicht“ im Stadtgebiet etabliert, gegenüber dem sich die Großflächenbetreiber des Innenstadtzentrums zusätzlich behaupten müssen. Ziel ist es, Funktionsverluste für das Innenstadtzentrum auszuschließen.
- Zum Dritten dient die Obergrenzenfestlegung dem Ziel, die weiteren Nahversorgungslagen und zu entwickelnden Nahversorgungszentren zu erhalten bzw. deren weitere Entwicklungsfähigkeit nicht zu konterkarieren. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die zu erweiternden Nahversorgungszentren (Unnaer Straße und Badische Straße). Deren Entwicklung würde mit einem Ausbau der nahversorgungsrelevanten Sortimente an den weiteren Nahversorgungslagen aufgrund der damit verbundenen Umverteilungslasten deutlich erschwert oder gar unmöglich werden. Dies würde einerseits aus der räumlichen Nähe zu den weiteren Nahversorgungslagen bzw. den damit verbundenen Überschneidungen der Einzugsgebiete und andererseits aus den begrenzt verfügbaren Nachfragepotenzialen sowie der zukünftig rückläufigen Einwohnerentwicklung resultieren, welche die Entwicklungsspielräume künftig nochmals deutlich eingrenzen werden.

Nicht zulässig ist im Angebotsbebauungsplan die ausschließlich gebietsbezogene grundstücksunabhängige Festsetzung der im Plangebiet insgesamt realisierbaren Verkaufsfläche, da dadurch einem so genannten „Windhundrennen“ Vorschub geleistet würde und für „zu spät“ kommende Antragsteller möglicherweise kein Einzelhandelskontingent mehr übrigbliebe. Dies gilt auch, wenn sich das Plangebiet zum Zeitpunkt der Planaufstellung (noch) in der Hand eines einzigen Eigentümers befindet.

Allerdings eröffnet § 11 Abs. 2 Satz 1 BauNVO der Gemeinde die Möglichkeit, die höchstzulässige Verkaufsfläche für das jeweilige Grundstück im Bebauungsplan als Art der Nutzung in der Form festzusetzen, dass die maximale Verkaufsflächengröße im Verhältnis zur Grundstücksgröße durch eine Verhältniszahl festgelegt wird, soweit dadurch die Ansiedlung bestimmter Einzelhandelstypen und damit die Art der baulichen Nutzung im Sondergebiet geregelt werden soll.

Die Festsetzung der Verkaufsflächenzahl wird auf der Basis der bestehenden Gesamtverkaufsfläche von 1.700 m² vorgenommen, um negative raumordnerische Auswirkungen zu vermeiden. Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ mit einer Fläche von 11.540 m² beträgt die bestehende genehmigte Gesamtverkaufsfläche 1.700 m², das entspricht einem Verhältnis der Verkaufsfläche zur Grundstücksfläche, die im Plangebiet liegt, von 0,1475 : 1 (= Verhältniszahl 0,1475). Damit ist im Teilbereich 1 eine Verkaufsfläche von 7.120 m² x 0,1475 = 1.050 m² und im Teilbereich 2 eine Verkaufsfläche von 4.420 m² x 0,1475 ≈ 650 m² realisierbar.

7 Voraussichtliche Auswirkungen

Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche und die wohnungsnaher Versorgung / städtebauliche Auswirkungen

Mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans werden die in im fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 verankerten Leitziele für den Nahversorgungsstandort Grimmaische Straße planungsrechtlich gesichert. Mit der Sortimentsbeschränkung und der Begrenzung der Verkaufsfläche auf das bisher genehmigte Maß werden nachteilige Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche und andere Nahversorgungslagen vermieden.

Heraushebung zur städtebaulichen Atypik i.S.d. § 11 Abs. 3 BauNVO

Die Weiterentwicklung zum Nahversorgungszentrum Grimmaische Straße gründet sich auf eine **atypische städtebauliche Situation** in den Nahversorgungsstrukturen / -funktionen der Stadt Döbeln. Unter Nahversorgung ist dabei die verbrauchernahe Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen bzw. periodischen Bedarfs (d.h. Lebensmittel, Drogeriewaren, Tiernahrung – sog. nahversorgungsrelevante Sortimente, aber auch Reinigung, Reisebüro, medizinische Dienstleistungen etc.) zu verstehen, wobei der Nahversorgung aufgrund der begrenzten Mobilität insbesondere älterer Menschen oder für nicht-motorisierte Bevölkerung eine besondere Bedeutung zukommt. Als Anhaltspunkte für eine städtebauliche Atypik in der Nahversorgung werden die Kriterien gemäß dem Leitfaden zum Umgang mit § 11 Abs. 3 BauNVO in Bezug auf Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels (Leitfaden zum Umgang mit § 11 Abs. 3 BauNVO in Bezug auf Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels der Fachkommission Städtebau, 2017) herangezogen:

1. Flächenanteil für nicht-nahversorgungsrelevanten Sortimente beträgt weniger als 10% der Verkaufsfläche
Das Vorhaben zielt vollumfänglich auf Anbieter mit nahversorgungsrelevantem Kernsortiment, der Anteil nicht-nahversorgungsrelevanter Sortimente kann im Baugenehmigungsverfahren festgelegt werden.
2. Projektstandort ist städtebaulich integriert
Der Standort des Marktes muss städtebaulich integriert sein, d.h., er liegt entweder in einem abgegrenzten zentralen Versorgungsbereich oder in einem Wohnsiedlungsgebiet. Für das Plangebiet trifft beides zu, einerseits zentral gelegen im Stadtteil Großbauchlitz, andererseits wird bereits im Einzelhandelskonzept der städtebauliche Wille zur Entwicklung als Nahversorgungszentrum zum Ausdruck gebracht. Diese Einbindung bzw. Perspektive als zentraler Versorgungsbereich ist als ein gewichtiges Indiz für eine städtebauliche Integration zu werten (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 02.12.2013 – 2 A 1510/12).
3. Sicherung der verbrauchernahen Versorgung
Zu den potenziellen städtebaulichen Auswirkungen zählt weiterhin die Gefährdung einer verbrauchernahen Grundversorgung. Eine derartige Gefährdung kann ausgeschlossen werden, wenn ein Vorhaben in städtebaulich integrierter Lage selbst der verbrauchernahen Versorgung dient. Das prospektive Nahversorgungszentrum übernimmt eigenständige Versorgungsfunktionen für den Stadtteil Großbauchlitz sowie nördliche periphere Ortsteile. Während im Stadtteil Großbauchlitz die fußläufige Versorgung erreicht wird, ist für die peripheren Ortsteile das Nahbereichsverständnis für ländliche Räume hinzuzuziehen, in welchen die Anforderungen einer zumindest wohnortnahen Versorgung zu beachten bzw. zu beurteilen sind. Entsprechende Entfernungen für ländliche Räume sind im Allgemeinen mit bis zu 2.500 m anzusetzen (vgl. Kuschnerus, Der standortgerechte Einzelhandel, 2007, Rd. 98), ein Umkreis, welcher alle relevanten peripheren Ortsteile einschließt. Die Versorgungsfunktionen des Plangebietes ordnen sich somit, auch gemäß den Zielvorstellungen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes, diesen Rahmenbedingungen einer verbrauchernahen Versorgung unter.

4. Verträglichkeit des induzierten Verkehrs

Bei der Prüfung dieses Kriteriums ist darauf abzustellen, inwieweit ein Vorhaben zusätzlichen gebietsfremden Verkehr auslöst. Dies kann für die Kundschaftsorientierung eines Nahversorgungszentrums in Großbauchlitz weitgehend ausgeschlossen werden. Die Versorgungsfunktionen umfassen den nördlichen Stadtteil und das nördliche Umland, ein damit verbundener Verkehr ist nicht als gebietsfremd zu betrachten. Sicherlich sind Umsatzanteile aus den Verkehrsfrequenzen der B175 zu erwarten, diese sind auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit wünschenswert (vgl. Ausführungen im Einzelhandels- und Zentrenkonzept S. 55), werden sich durch die qualitative Weiterentwicklung des Standortes gegenüber der Bestandssituation jedoch nicht wesentlich verändern und bleiben deutlich hinter der originären Nahversorgungsfunktion zurück. Das Einzelhandelskonzept verweist auf eine Versorgungsbedeutung für ca. 2.000 Einwohner, diese repräsentieren eine Nachfrage von rd. 7,2 Mio. € im kurzfristigen Bedarfsbereich. Dieses ist ausreichend, um im Sinne der Rechtsprechung den nahversorgungsrelevanten Umsatz des Vorhabens überwiegend aus diesem Potenzial zu generieren (d. h. zu mehr als 50 Prozent, vgl. OVG Lüneburg, 28.09.2015, 1 MN 144/15).

Durch die Einhaltung dieser Bewertungskriterien ist von einer städtebaulichen Atypik als Nahversorgungsstandort auszugehen.

Einlassungen zu absatzwirtschaftlichen Auswirkungen (Umsatzumverteilungsprognostik)

Zur Beurteilung der Effekte durch Kaufkraftumlenkung ist zwischen den beiden Teilbereichen des Bebauungsplanes zu unterscheiden:

Im **Teilbereich 1** steht die Ansiedlung eines großflächigen Lebensmittelmarktes im Mittelpunkt, dieser ersetzt die beiden bisher vertretenen Lebensmitteldiscounter. Auch wenn der neue Lebensmittelmarkt mit größerer Verkaufsfläche und modernem Angebotskonzept einen Zielumsatz über die bisherigen Einzelwerte der beiden Bestandsmärkte erzielen wird, so ist jedoch auszuschließen, dass er den Gesamtumsatz beider bisher vertretenen Märkte erreicht. Bei ausschließlicher Betrachtung des Wettbewerbs der Lebensmittelmärkte ist sogar von einer leichten Wettbewerbsentspannung im Stadtgebiet auszugehen, nicht von zusätzlichen Umsatzumlenkungen.

Anders ist die Wirkung durch den **Teilbereich 2** zu beurteilen. Zulässig sind Fachmärkte mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten, diese können je nach Betriebstyp und Größendimensionierung in sehr unterschiedlichem Maße zu zusätzlichen Effekten in den Döbelner Angebotsstrukturen führen. Deren Wirkung ist somit von der konkreten Umsetzung abhängig, die Bewertung einer potenziellen Kaufkraftumlenkung ist auf der nachgelagerten Baugenehmigungsebene zu erbringen.

Auswirkungen auf den Naturhaushalt sowie das Orts- und Landschaftsbild

Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild kommen bei einem nach Lage, Umfang und Größe aus dem Rahmen der Umgebung fallenden oder in der Landschaft dominierenden Vorhaben in Betracht, insbesondere bei Vorhaben am Stadtrand und im ländlichen Raum. Sie können beispielsweise darin bestehen, dass die Geschlossenheit eines Ortsbildes durch einen großflächigen Einzelhandelsmarkt gestört wird. Dies gilt in besonderem Maße, wenn das Projekt in der Nähe denkmalgeschützter oder sonstiger das Ortsbild prägender Einzelbauten und Ensembles errichtet werden soll.

Auswirkungen auf den Naturhaushalt können durch eine Beeinträchtigung des Ökosystems gegeben sein. Zu untersuchen sind Auswirkungen von Betrieben sowohl auf Leistungsfähigkeit und Wirkungsfüge des Naturhaushalts als auch auf die einzelnen Bestandteile des Naturhaushalts, insbesondere auf Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft und Klima.

Da sich der Standort innerstädtisch befindet und bereits mit zwei Lebensmittelmärkten bebaut ist, können negative Auswirkungen durch die Aufstellung des einfachen Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2a BauGB auf das Orts- und Landschaftsbild ausgeschlossen werden.

Ein zusätzlicher Flächenverbrauch durch die Neuversiegelung von Böden findet nicht statt. Der Standort kann durch zusätzliche Baum- und Strauchpflanzungen aufgewertet werden.

Auswirkungen in Form von schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Zu den schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 des Bundesimmissionsschutzgesetzes zählen insbesondere erhebliche Lärm-, Abgas- und Geruchsbelästigungen der Nachbarschaft durch Kunden- und Lieferverkehr auf dem Betriebsgelände und dorthin führenden Straßen. Auch das Be- und Entladen oder die Störung durch Maschinenanlagen, wie Lüftungsanlagen oder die Beleuchtung der Stellplätze oder Leuchtreklame, können die Nachbarschaft erheblich beeinträchtigen.

Da gegenüber dem genehmigten Bestand durch den Bebauungsplan keine Erweiterung der Verkaufsflächen zugelassen werden soll, ergeben sich keine neuen Konflikte mit der umgebenden schutzbedürftigen Bebauung. Konkrete Auflagen zum Immissionsschutz erfolgen im Rahmen der Baugenehmigung.

Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und den Verkehr

Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung liegen vor, wenn die ordnungsgemäße stadttechnische Erschließung des Vorhabens nicht gewährleistet ist. Das gilt vor allem dann, wenn Anlagen der technischen Infrastruktur fehlen oder unzureichend dimensioniert sind.

Auswirkungen auf den Straßenverkehr betreffen sowohl den fließenden als auch den ruhenden Verkehr. Sie sind anzunehmen, wenn vorhandene Verkehrseinrichtungen durch den vom Vorhaben ausgehenden zusätzlichen Verkehr überlastet beziehungsweise ihrer bestimmungsmäßigen Nutzung entzogen werden oder wenn Verkehrsbehinderungen auftreten.

Das Plangebiet ist vollständig erschlossen. Da sich der Nutzungsumfang gegenüber dem Bestand durch die Aufstellung des Bebauungsplans nicht ändert, ergeben sich keine Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und den Verkehr.

Große Kreisstadt Döbeln

Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ (Einfacher Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 2a i. V. m. § 13 BauGB)

Allgemeine Vorprüfung nach UVPG

gemäß § 7 Abs. 1 und 3 bis 7 UVPG i.V.m. § 11 Abs. 2 Nr. 2 UVPG
für den Bau eines Vorhabens nach Anlage 1 Nummer 18.8 UVPG



Planungsträger: Große Kreisstadt Döbeln
Obermarkt 1
04720 Döbeln
Tel.: 03431 – 579-0
E-Mail: stadverwaltung@doebeln.de
www.doebeln.de



Bearbeitung: Planungsbüro Schubert GmbH & Co. KG
Rumpeltstraße 1
01454 Radeberg
Tel. 03528 41960
E-Mail: info@pb-schubert.de
www.pb-schubert.de



Projektnummer: F23062

Stand: 14.08.2024

Teil 1: Datenblatt zur Vorprüfung nach UVPG

1 Überblick, Plangebiet, Bezeichnung des Vorhabens

1.1 Bezeichnung des Vorhabens

Prüfende Stelle:	Große Kreisstadt Döbeln
Vorhaben:	Aufstellung eines Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Steuerung des Einzelhandels
Ort:	Grimmaische Straße 67 – 69, 04720 Döbeln

1.2 Rechtsgrundlage

Für den Bau eines Einkaufszentrums, eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes oder eines sonstigen großflächigen Handelbetriebes im Sinne des § 11 Absatz 3 Satz 1 der Baunutzungsverordnung mit einer zulässigen Geschossfläche von 1.200 m² bis weniger als 5.000 m², für den im bisherigen Außenbereich im Sinne des § 35 des Baugesetzbuchs ein Bebauungsplan aufgestellt wird, ist gemäß Anlage 1 Nr. 18.6.2 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht erforderlich. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Das vorliegende Vorhaben überschreitet den Schwellenwert von 1.200 m² Geschossfläche.

Das Plangebiet liegt jedoch nicht im bisherigen Außenbereich im Sinne des § 35 des Baugesetzbuchs, sondern innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortslage und damit im planungsrechtlichen Innenbereich des § 34 BauGB. Eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zur UVP-Pflicht nach Anlage 1 Nr. 18.6.2 zum UVPG ist aufgrund des innerstädtischen Standortes nicht erforderlich, um die UVP-Pflicht auszuschließen. Das Vorhaben selbst unterliegt keiner UVP-Pflicht.

Zu beachten ist jedoch Anlage 1 Nr. 18.8 zum UVPG: demnach ist für Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art, soweit der jeweilige Prüfwert für die Vorprüfung erreicht oder überschritten wird und für den in sonstigen Gebieten ein Bebauungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt wird, immer (d.h. unabhängig von der Lage im planungsrechtlichen Innen- oder Außenbereich) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Steuerung des Einzelhandels wurde daher eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach UVPG durchgeführt.

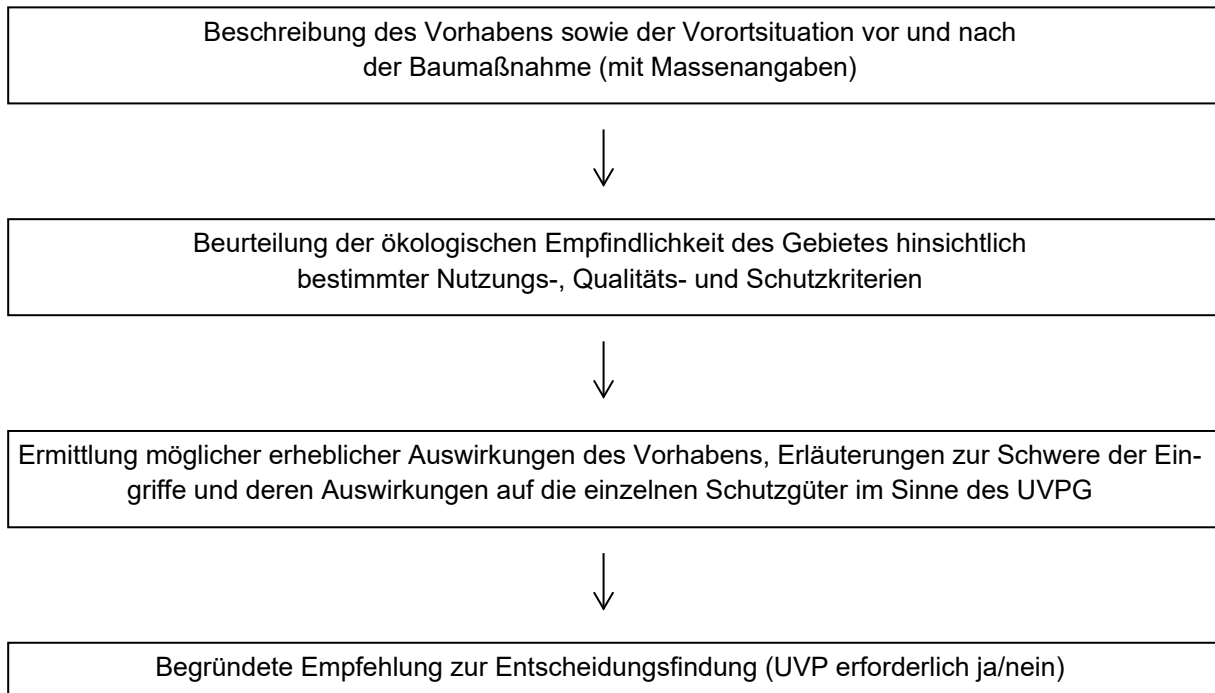
Wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund seiner überschlägigen Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 des Gesetzes aufgeführten Kriterien erhebliche Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären, ist das Vorhaben UVP-pflichtig.

1.3 Kumulierende Vorhaben - Prüfung gemäß § 9 bis 13 UVPG

Kumulierende Vorhaben sind gemäß § 13 UVPG bei der Allgemeinen Vorprüfung für Städtebauprojekte nach Nr.18.8 nicht zu betrachten.

1.4 Vorgehen / Methodik

Die Ausarbeitung erfolgt im Wesentlichen in folgenden Schritten (in Anlehnung an Anlage 3 UVPG):



Bei der Vorprüfung ist zu berücksichtigen, inwieweit Umweltauswirkungen durch vorgesehene Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen und geplante Ersatzmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden können. Die Ergebnisse der Vorprüfung sind zu dokumentieren.

1.5 Lage des Plangebietes

Das Plangebiet befindet sich am nördlichen Stadtrand der Stadt Döbeln im Ortsteil Großbauchlitz, nordwestlich der Grimmaischen Straße. Die Entfernung zur Innenstadt Döbeln beträgt ca. 2,5 km.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ umfasst das Flurstück 66/57 der Gemarkung Großbauchlitz.

Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 1,15 ha.

Teil 2: Vorprüfung / Textteil

(gemäß Anlage 2 zum UVPG)

1 Merkmale des Vorhabens

Mit dem fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 liegt das mit § 9 Abs. 2a Satz 2 BauGB für die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans planungsrechtlich zu berücksichtigende, von der Stadt beschlossene städtebauliche Entwicklungskonzept vor. Das Plangebiet ist darin als Nahversorgungslage Grimmische Straße (potenzielles Nahversorgungszentrum) definiert. Die Abgrenzung bezieht sich auf die Standorte der beiden vorhandenen Lebensmittelmärkte (Aldi und Netto). Der Standort verfügt über eindeutig eigenständige Versorgungsfunktionen im nordwestlichen Stadtgebiet, perspektivisch können diese aber auch aus einer Standortagglomeration eines Lebensmittelmarktes mit ergänzenden, nahversorgungsrelevanten Anbietern erschlossen werden. In diesem Kontext ist die Weiterentwicklung zu einem Nahversorgungszentrum eine städtebaulich anzustrebende Entwicklungsalternative¹.

Das Planungskonzept des vorliegenden Bebauungsplans ist in die Leitziele des fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2021 für die gesamtstädtische Einzelhandelssteuerung und gesamtstädtische Einzelhandelsentwicklung eingebettet, welches durch mehrere Bebauungsplanverfahren planungsrechtlich gesichert werden soll.

Der Bebauungsplan dient somit den Zielstellungen,

- die Einzelhandelsentwicklungen sowie die nahversorgungsrelevanten und zentrenrelevanten Sortimente vorrangig auf den zentralen Versorgungsbereich „Innenstadt“ zu konzentrieren, um diesen zu erhalten, zu stärken und weiter zu entwickeln (Konzentrationsziel),
- zur Sicherung der verbrauchernahen Versorgung die Standorte der Nahversorgung zu erhalten, zu stärken und – sofern mit dem Konzentrationsziel vereinbar - ihre Entwicklungsfähigkeit für nahversorgungsrelevante Sortimente dauerhaft sicher zu stellen.

Aufgrund des bestehenden Verkaufsflächenangebotes innerhalb der Stadt Döbeln bei rückläufiger Bevölkerungszahl will die Stadt Döbeln darüber hinaus die Gesamtverkaufsfläche auf das am Standort genehmigte Maß beschränken.

In der folgenden Tabelle werden die Merkmale des Vorhabens nach den Kriterien der Anlage 3 UVPG beschrieben.

¹ BBE, 15.11.2021: Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts für die Stadt Döbeln

Tabelle 1: Merkmale des Vorhabens nach den Kriterien der Anlage 3 UVPG

Kriterien nach UVPG Anlage 3		Überschlägige Angaben zu den Kriterien
1.1	Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und, soweit relevant der Abrissarbeiten	Fläche des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans: 11.540 m ² Maximale Verkaufsfläche: 1.700 m ² Überbaubare Grundstücksfläche: richtet sich nach § 34 BauGB zulässige Höhe baulicher Anlagen: richtet sich nach § 34 BauGB
1.2	Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	Kumulierende Vorhaben sind gemäß § 13 UVPG bei der Allgemeinen Vorprüfung für Städtebauprojekte nach Nr.18.8 nicht zu betrachten. Ein Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben oder Tätigkeiten besteht nicht.
1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Durch die Überplanung des bereits mit zwei Lebensmittelmärkten bebauten Grundstücks erfolgt keine Nutzung natürlicher Ressourcen.
1.4	Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes	Es fallen keine überwachungsbedürftigen oder wassergefährdenden Abfälle an.
1.5	Umweltverschmutzung und Belästigungen	Umweltverschmutzungen sind auszuschließen. Der Standort ist an das öffentliche Abwassersystem angebunden. Durch die Beschränkung der zulässigen Verkaufsfläche auf den Umfang der bestehenden beiden Baugenehmigungen (insgesamt 1.700 m ²) ergeben sich keine neuen Konflikte mit der umgebenden schutzbedürftigen Bebauung. Konkrete Auflagen zum Immissionschutz erfolgen im Rahmen der Baugenehmigung.
1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf: <ul style="list-style-type: none"> • verwendete Stoffe und Technologien und • die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nr. 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des BImSchG 	Der Nahversorgungsstandort stellt selbst keinen Betriebsbereich, der der Störfallverordnung unterliegt, dar. Schwere Unfälle können durch Einzelhandelsbetriebe nicht hervorgerufen werden. Stattdessen handelt es sich im weiteren Sinne selbst um eine schutzbedürftige Nutzung, da der Nahversorgungsstandort durch den Kundenverkehr der Bevölkerung allgemein zur Verfügung steht. Aus diesem Grund wurde auch die Lage des Plangebietes in Bezug auf nächstgelegene Betriebsbereiche, der der Störfallverordnung unterliegen, geprüft. Aufgrund dieses Abstandes von > 1,5 km zu Störfallbetrieben der unteren Klasse und von > 13 km zu Störfallbetrieben der oberen Klasse sind bei der Planung keine Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung von Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 BImSchG zu beachten. Durch den Klimawandel bedingte Risiken bestehen nicht. Das Plangebiet liegt außerhalb von Überschwemmungsgebieten oder Hochwasser-Risikogebieten.
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft	Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft sind auszuschließen.

2 Standort des Vorhabens

Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung der Kumulierung mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:

Tabelle 2: Standort des Vorhabens

Kriterien	Betroffenheit (Durch welchen Wirkfaktor ist ggf. eine Betroffenheit zu besorgen?)
2.1. Nutzungskriterien	
Flächen für (Wohn-)Siedlungen und Erholung <ul style="list-style-type: none"> Beidseits der stark befahrenen Straße hat sich eine Gemengelage entwickelt, zu der neben den Nutzungen innerhalb des Plangebietes Wohngebäude, zahlreiche gewerbliche Nutzungen und ein großflächiger Bau marktstandort zwischen B 175 und Eisenbahntrasse gehören. 	<u>Keine Betroffenheit.</u> Die mit dem Bebauungsplan planungsrechtlich gesicherte Entwicklung des mit zwei Lebensmittelmärkten bebauten Grundstücks als Nahversorgungsstandort nimmt keine Flächen für (Wohn-)Siedlungen und Erholung in Anspruch.
Land-, forst-, fischereiwirtschaftliche Nutzungen <ul style="list-style-type: none"> keine 	<u>Keine Betroffenheit</u> , das Plangebiet liegt außerhalb von Flächen mit land-, forst-, fischereiwirtschaftliche Nutzungen.
sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen <ul style="list-style-type: none"> Innerhalb des Plangebietes sind gegenwärtig zwei Lebensmittelmärkte mit einer Verkaufsfläche von insgesamt 1.700 m² (ALDI mit 800 m² und Netto Marken-Discount mit 900 m²) vorhanden. 	Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst das gewerblich genutzte Grundstück Grimmaische Straße 67 -69 in Döbeln. Die wirtschaftliche Nutzung des Grundstücks durch Einzelhandelsbetriebe mit insgesamt 1.700 m ² Verkaufsfläche wird durch die Aufstellung des Bebauungsplans nicht eingeschränkt.
Verkehr <ul style="list-style-type: none"> Die Grimmaische Straße bildet die südöstliche Plangebietsgrenze. Die Grimmaische Straße fungiert in diesem Abschnitt als wichtige regionale Verkehrsanbindung der Stadt Döbeln, sie gehört zum innerörtlichen Verlauf der Bundesstraße B175 und in Verbindung mit der B169 führt sie in ca. 3,5 km Entfernung zur Anschlussstelle Döbeln-Nord der BAB14. 	<u>Keine Betroffenheit.</u> Die Aufstellung des Bebauungsplans hat keine Auswirkungen auf die bestehende Verkehrserschließung.
Ver- und Entsorgung <ul style="list-style-type: none"> Anschluss an örtliche Ver- und Entsorgungsleitungen 	<u>Keine Betroffenheit</u> , Die Aufstellung des Bebauungsplans hat keine Auswirkungen auf die bestehende Mediierschließung.

Kriterien	Betroffenheit (Durch welchen Wirkfaktor ist ggf. eine Betroffenheit zu besorgen?)
2.2. Qualitätskriterien Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds	
Fläche <i>(Flächenverbrauch durch Versiegelung)</i> Das Plangebiet ist durch die beiden Gebäude, Stellplätze und Zufahrten großflächig überbaut.	<u>Keine Betroffenheit</u> , da die Aufstellung des Bebauungsplans keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme verursacht
Boden <i>(Leistungsfähigkeit der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion des Bodens)</i> Aufgrund des hohen Versiegelungsgrades sind keine relevanten Bodenfunktionen mehr am Standort vorhanden.	<u>Keine Betroffenheit:</u>
Landschaft Die Fläche erfüllt keine Landschaftsbildfunktion.	<u>Keine Betroffenheit:</u>
Oberflächenwasser <i>(Wasserbeschaffenheit: Gewässergüte, Stoffhaushalt, hygienischen Zustand und planktische Biozönose, Situation von Hydraulik, Hydrologie, Morphologie und Beschaffenheit der Gewässersedimente)</i> Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden.	<u>Keine Betroffenheit</u> , die Aufstellung des Bebauungsplans hat keine Auswirkungen auf die bestehende Regenentwässerung.
Grundwasser (Beschaffenheit (Qualität), Geologie/-Hydrologie) Grundwasserkörper nach WRRL: DESN FM 2-1 Untere Freiburger Mulde. Für den Grundwasserkörper wird ein guter mengenmäßiger und ein guter chemischer Zustand ausgewiesen.	<u>Keine Betroffenheit</u> , der Versiegelungsgrad erhöht sich nicht gegenüber dem gemäß den rechtskräftigen Baugenehmigungen zulässigen Überbauungen, die Aufstellung des Bebauungsplans hat keine Auswirkungen auf die bestehende Regenentwässerung.
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt <i>Biotoptypen:</i> Gebäude- und versiegelte Freiflächen, randlich intensiv gepflegtes Abstandsgrün. Lediglich in den Randbereichen befinden sich nicht überbaute Grundstücksteile und mehrere Einzelbäume. <i>Tiere:</i> Vorkommen verbreiteter europäischer Vogelarten möglich.	<u>Keine Betroffenheit</u> , da es sich um einen einfachen Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2a BauGB handelt. Die Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich ansonsten nach § 34 BauGB, ggf. Auflagen in der Baugenehmigung.
Luft und Klima Die Fläche besitzt keine wertgebenden Funktionen für die Schutzgüter Luft und Klima.	<u>Keine Betroffenheit:</u>

Kriterien	Betroffenheit (Durch welchen Wirkfaktor ist ggf. eine Betroffenheit zu besorgen?)
2.3. Schutzkriterien Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes	
2.3.1. Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u> Die nächstgelegenen Natura 2000-Gebiete sind das FFH-Gebiet Nr. 237 „Muldentäler oberhalb des Zusammenflusses“ und das Europäische Vogelschutzgebiet Nr. 24 „Täler in Mittelsachsen“. Die Entfernung zu den Schutzgebieten, welche sich unmittelbar an bebaute städtische Bereiche anschließen, beträgt ca. 180 m zum FFH-Gebiet und 425 m zum Europäische Vogelschutzgebiet. Die durch die im Bebauungsplan festgesetzte zulässige Nutzungsintensität durch Einzelhandelseinrichtungen wird durch die zulässige Verkaufsfläche bestimmt und ändert sich nicht gegenüber dem Bestand (s.o.) Die geplante Aufstellung des Bebauungsplanes ist daher nicht geeignet, Einfluss auf dieses Schutzgebiet zu nehmen.
2.3.2. Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst, <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.3. Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst, <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.4. Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes, <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.5. Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes, <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.6. geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.7. gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>

Kriterien	Betroffenheit (Durch welchen Wirkfaktor ist ggf. eine Betroffenheit zu besorgen?)
2.3. Schutzkriterien Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes	
2.3.8. Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.9. Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.10. Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>
2.3.11. in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind <i>nicht vorhanden / entfällt</i>	<u>Keine Betroffenheit:</u>

3 Art und Merkmale möglicher erheblicher Auswirkungen

Beschreibung der möglichen erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die betroffenen Schutzgüter infolge

- aa) der erwarteten Rückstände und Emissionen sowie gegebenenfalls der Abfallerzeugung,
- bb) der Nutzung der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.

Tabelle 3: Art und Merkmale möglicher erheblicher Auswirkungen

Schutzgut	Überschlägige Beschreibung der möglichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf Grundlage der Merkmale des Vorhabens und des Standortes	Beurteilung der Erheblichkeit der Auswirkungen unter Verwendung der Kriterien Art und Ausmaß, geographisches Gebiet, betroffene Personen, grenzüberschreitender Charakter, Schwere und Komplexität, Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit, Umkehrbarkeit, Vermeidung
Mensch	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen
Fläche	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen
Boden	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen
Wasser	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten	→ keine erheblichen Auswirkungen
Landschaft	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen
Luft, Klima	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen
Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter	Auf Grundlage der Merkmale und des Standortes des Vorhabens sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima zu erwarten.	→ keine erheblichen Auswirkungen

4 Überschlägige Gesamteinschätzung

4.1 Gesamteinschätzung

Das im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c UVPG betrachtete Vorhaben umfasst die Aufstellung eines Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Steuerung des Einzelhandels am Standort Grimmaische Straße 67 – 69 in 04720 Döbeln OT Bauchlitz.

Grundlage für die Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls bildet der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ in der Fassung vom 18.07.2024.

Entsprechend den vorstehenden Prüflisten zu den Angaben und Merkmalen des Vorhabens sowie zur Beschreibung und Bewertung der Standortbedingungen wurden die möglichen Umweltauswirkungen des Vorhabens ermittelt und deren Erheblichkeit beurteilt.

Keines der nach dem Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung zu betrachtenden Schutzgüter ist durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ betroffen.

Erhebliche Auswirkungen, die in der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ begründet sind, können ausgeschlossen werden.

4.2 Ergebnistabelle

[]	Das Vorhaben führt sehr wahrscheinlich zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.	<i>Es besteht eine Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeit.</i>
[x]	Das Vorhaben führt sehr wahrscheinlich <u>nicht</u> zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.	<i>Es besteht keine Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeit.</i>

4.3 Fazit

Es kann die Empfehlung gegeben werden, für den Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu verzichten.

Teil 3: Quellen

Planungsbüro Schubert GmbH & Co. KG:

Bebauungsplan Nr. 29/24 „Nahversorgungszentrum Großbauchlitz“ Entwurf i.d.F. vom 18.07.2024

<https://geoportal.sachsen.de/cps/karte.html>, aufgerufen am 18.07.2024

zu den Themen Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrisikogebiete, Überschwemmungsgebiete, Störfallbetriebe